

überwinden kann. Des ungeachtet erfüllt sie aber auch in diesen Grenzen eine unverzichtbare Funktion zur Wahrung von Frieden und Recht. Sie kann dieser Aufgabe umso

eher gerecht werden, je zuverlässiger ihre Regelungsdefizite eliminiert sind und je weiter die Pflicht der Staatenwelt zur Nutzung dieser Instrumente entwickelt ist.

Kathryn Tätzsch

Konflikte im Kontext der indonesischen Innen- und Sicherheitspolitik und der weltpolitischen Großwetterlage

Kathryn Tätzsch, M.A., World Vision Germany, International Programmes/Humanitarian Assistance, Friedrichsdorf

auf Indonesien, denn der Schock über die knapp 200 Toten und die vielen Verletzten – v.a. Urlauber – und das Ausmaß der Zerstörung erinnerten teilweise an die Attentate des 11. September 2001 in den USA. Es stellt sich die Frage, vor welchem sicherheitspolitischen, sozialen und ökonomischen Hintergrund diese Bombenattentate ihre Wirkung gezeigt haben bzw. wie sie damit verbunden sind.

1. Indonesien – Jahre des Umbruchs

Das autoritäre Regime unter dem indonesischen Staatspräsidenten Suharto, welches als »New Order« insbesondere einen Block aus dem indonesischen Militär (Tentara Nasional Indonesia – TNI), bürokratischen Eliten und einflussreichen Wirtschaftsvertretern bildete, basierte weitgehend auf patriarchalischer Symbiose.¹ Nach Einsetzen der ökonomischen Krise in Südostasien, die auch für die Wirtschaft in Indonesien ab der zweiten Hälfte des Jahres 1997 dramatische Ausmaße annahm, setzten die immer lautstärkeren Proteste, zunächst von Studierenden in den größeren Städten der Inseln Java und Sulawesi, die Regierung in Jakarta unter Druck. Später lehnten sich in Demonstrationen auch Universitätsangestellte und weitere Berufsgruppen zunächst gegen Preiserhöhungen, dann direkt gegen die politische Führung auf. Diese Proteste richteten sich nachhaltig gegen Korruption und Nepotismus der Suharto-Regierung, trugen jedoch auch anarchische und rassistische Züge. Es kam zu Ausschreitungen und Plünderungen durch einige Demonstranten, zuweilen zu Lynchmorden, auch gegen die chinesische Minderheit, meist wohlhabende Geschäftsleute. Dies und die drohende Gefahr einer Staatsimplosion erzeugte die unverhältnismäßige gewalttätige Reaktion von staatlichen Sicherheitskräften mit ca. 1.000 To-

desopfern sowie viele Verletzten.² Schließlich erzwangen die Unruhen Suhartos Rücktritt. Dessen Nachfolger Habibie und seinem Reformkabinett wurde allerdings bald vorgeworfen, die selbe Politik unter einem neuen »Etikett« fortzuführen.

Tatsächlich wurde er bereits im Herbst 1999 von Abdurrahman Wahid im Präsidentenamt abgelöst, der die einflussreiche politische Rolle des Militärs zum ersten Mal beschränkte. Megawati Sukarnoputri, die Tochter des ersten indonesischen Präsidenten, wurde im August 2001 Präsidentin.³

Für die nach dem Ende der repressiven Suharto-Ära immer stärker zutage tretenden Konflikte in dem aus über 13.000 Inseln und mehr als 206 Millionen Einwohnern⁴ und ca. 250 unterschiedlichen Sprachen bestehenden multiethnischen⁵ Staat lässt sich nicht nur die asiatische Wirtschaftskrise Ende der 90er Jahre verantwortlich machen. Auch können nicht die plötzlich freigesetzten, bereits seit Jahrzehnten unter der autoritären politischen Führung mittels staatlicher Sicherheitskräfte opprimierten Konfliktkonstellationen für die Gewalteruptionen verantwortlich gemacht werden. Häufig, aber nie ausschließlich, hatten diese Konflikte ihre Wurzeln in ethnischer oder religiöser Gruppenzuschreibung. Diese allein können aber nicht hinreichend zur Erklärung für die Mannigfaltigkeit der Kämpfe, Bombenanschläge, Morde, Plündерungen, Vertreibungen und Massaker herangezogen werden. Oftmals, insbesondere seit dem Attentat am 11. September 2001 in den USA, werden Konflikte, auch in Indonesien, von internationalen Medien vorschnell als ausschließliche Religionskonflikte (zwischen Islam – oft in Verbindung zu militärem Islamismus – und Christentum) dargestellt. Es

2 Vgl. Georgia Wimhöfer, Indonesian Students in 1998. Civil Society and the effects of violence, in: Wessel/Wimhöfer (Hg.), Violence in Indonesia, 2001, S. 169.

3 Vgl. Freedom House – Country and Territory Reports Indonesia 2002, <http://freedomhouse.org/research/freeworld/2002/countryratings/indonesia.htm>.

4 Vgl. ebda.

5 Ethnie soll hier mit folgenden minimalen Wesensmerkmalen definiert werden: Sie ist eine historisch gewachsene Gemeinschaft, mit spezifischer Kultur und speziellen kollektiven historischen Gedächtnis(-mythen) über gemeinsame Abstammung etc., einschließlich eines immer von Neuem reproduzierten Solidaritätsgefühls. Vgl. Christian P. Scherrer, Ethno-Nationalismus im Weltystem. Prävention, Konfliktbearbeitung und die Rolle der internationalen Gemeinschaft. Agenda Verlag, Münster 1996, S. 15 f.

1 Vgl. Ingrid Wessel, The Politics of Violence in New Order Indonesia in the Last Decade of the 20th Century, in: Ingrid Wessel/Georgia Wimhöfer (Hg.), Violence in Indonesia, 2001, S. 103 ff.

besteht jedoch auch in Indonesien keine Monokausalität hinsichtlich der Vielzahl von Motiven und Auslösern für innerstaatliche Konflikte, vielmehr ist die Komplexität dieser Auseinandersetzungen *das gemeinsame Merkmal*.

Die Konfliktdynamik in dieser Region soll im folgenden näher beleuchtet und vor dem Hintergrund der aktuellen innen- und sicherheitspolitischen Lage Indonesiens analysiert werden.

2. Laskar Jihad versus Laskar Yesus⁶ auf den Molukkeninseln – religiöse Zerwürfnisse, Splittergruppen und Sozialneid

Anfang 1999 brach aufgrund eines lokalen Streites zwischen zwei (muslimischen) Migranten und einem (christlichen) Minibusfahrer in Amboin, der gleichnamigen Hauptstadt der Molukken-Provinz Ambon, ein schwerer, vordergründig religiöser, dennoch stark politisch und sozialökonomisch motivierter Konflikt aus.⁷ Die auf Abgrenzung und Diskriminierung von Gruppen durch ethnische Zuschreibungen abziegenden Gewalttaten kosteten ca. 10.000 Menschen das Leben und zwangen mehr als eine halbe Million zur Flucht.⁸ Das In-Brand-Stecken einer Kirche in Amboin, die anschließenden Gerüchte in der Stadt und der näheren Umgebung, es würden Angriffe von nichtidentifizierten Tätern bevorstehen und Christen setzten Moscheen in Brand, darunter sogar die große Al-Fatah-Moschee, sorgten für noch gewaltsamere Pogrome.⁹ Läden, Schulen, Märkte wurden angezündet oder zu Schauplätzen tödlicher Auseinandersetzungen entlang der »religiösen Demarkationslinie«¹⁰. Externe Provokateure aus anderen indonesischen Provinzen – wie die v.a. von vielen Christen unterstützte separatistische militante Gruppe »South Maluku Republic« (RMS) – und nach Amboin entsandte Kämpfer der militanten muslimischen Gruppe »Laskar Jihad« verstärkten die Gewaltwellen noch.¹¹ Nach heutiger Einschätzung hätte sich diese Gewalteruption, die sich nach einigen Monaten wie ein Flächenbrand auch in die benachbarte Inselprovinz der Nordmolukken (südlich der Philippinen) ausbreitete, durch ein energisches Eingreifen der staatlichen

Sicherheitskräfte in ihren Konsequenzen minimieren lassen, wenn sie nicht sogar gänzlich hätte verhindert werden können.¹²

Jedoch hatten bereits vor 1999 komplexe Konfliktlagen in Ambon zu kleineren Auseinandersetzungen geführt, so z.B. Ende 1998 die gewaltsamen Studentenproteste in Ambon gegen die politische Rolle des Militärs in der Provinz und der jahrzehntelange Kampf der RMS (seit ihrem misslungenen Aufstand 1950) gegen die indonesische Staatsmacht.¹³ Auch die Transmigrationspolitik mit der Zuwanderung von muslimischen Nicht-Ambonesen in die Provinz veränderte den starken politischen Einfluss der bis dato großen christlichen Mehrheit und führte zu interreligiösen Spannungen.¹⁴ Am 27. Juni 2000 wurde über die Provinz Ambon der Ausnahmezustand verhängt.

Da dem Konflikt auf den Nordmolukken im Gegensatz zu Ambon wenig Beachtung geschenkt wurde, soll nachfolgend ein kurzer Abriss der Konfliktgenese auf den Inseln Ternate und Nordhalmahera gegeben werden.

Um Weihnachten 1999 brachen nach einigen Provokationen im August 1999 auf der Insel Halmahera in der indonesischen Provinz Nordmolukken (»Maluku Utara«) gewaltsame Kämpfe, zunächst zwischen Angehörigen zweier unterschiedlicher ethnischer Gruppen, aus. Die Migranten der Makian-Insel waren Jahre zuvor vor einem drohenden Vulkanausbruch auf ihrer Heimatinsel in die Gebiete um die Subdistriktstädte Kao und Malifut auf die Insel Halmahera geflohen.¹⁵ In einem Streit um die Schaffung eines neuen Subdistriktes und die politische und ökonomische Vormachtstellung der muslimischen Makian gegenüber den lokalen (meist christlichen) Einwohnern einiger Dörfer der Jailolo- und Kao-Subdistrikte entzündete sich auch auf den Nordmolukken in einem verspäteten Nachhall des Ambon-Konflikts die Gewalt. Allerdings waren diese ersten Auseinandersetzungen auf den Nordmolukken zunächst noch nicht religiös motiviert: Weder wurden Kirchen noch Moscheen zerstört, vielmehr attackierten die lokalen »Ur-Bewohner«, Christen wie Muslime, die muslimischen Makian. Zwischen August und Dezember 1999 lag eine Hauptursache für den Konflikt zusätzlich zur genannten Problematik auch in der machtpolitischen Auseinandersetzung um die Hegemonie in der erst im Oktober 1999 neu konstituierten Provinz der Nordmolukken.¹⁶

Erst die Flucht vieler Makian von Halmahera auf die benachbarte, politisch wie ökonomisch wichtige kleine Sultanats-Insel Ternate (mit gleichnamiger Hauptstadt) brachte eine Kategorisierung der Konfliktparteien in muslimische auf der

6 Frei übersetzt heißen diese teilweise paramilitärisch organisierten radikal-religiösen militärischen Gruppen »Streitkräfte des Heiligen Krieges« und »Streitkräfte Jesu«.

7 Vgl. Edith Hartanto and Oktavianus Pinontoan, Three years of bloody Maluku conflicts leave nothing but disaster, Dokumentation der Jakarta Post, 19.01.2002.

8 Vgl. ReliefWeb, International Crisis Group – ICG Asia Report No. 31: Indonesia: The Search for Peace in Maluku, <http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/v1ID/>, 08.02.2002.

9 Vgl. ebda.

10 Dabei wurden die zentralen religiösen Symbole (Halbmond und Kreuz) sowie Farben – »Weiß« für muslimische Kämpfer, »Rot« für christliche Kämpfer – rasch von allen Konfliktbeteiligten und auch unbeteiligten Einwohnern zu Zeichen der bewusster Abgrenzung aller, die zuvor meist in relativ friedlicher Koexistenz gelebt hatten. Vgl. Nils Bubandt, Malukan Apocalypse. Themes in the dynamics of violence in eastern Indonesia, in: Wessel/Wimhöfer (Hg.), Violence in Indonesia, 2001, S. 228-253, S. 238.

11 Es können nicht generelle Kategorisierungen vorgenommen werden, dennoch ist die Einschätzung, dass die meisten Muslime die Integrität des indonesischen Staates befürworteten – im Gegensatz zu vielen Christen, die für eine völlige Unabhängigkeit der Provinz Ambon und der Südwestmolukken-Inseln plädierten –, nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Diese politischen Gegensätze avancierten immer heftiger zu einem »Kampfmotiv«, welches auch die Einhaltung des Neutralitätsgebots für staatliche Sicherheitskräfte stark unterminierte.

12 Vgl. Edith Hartanto and Oktavianus Pinontoan, Three years of bloody Maluku conflicts leave nothing but disaster, Dokumentation der Jakarta Post, 19.01.2002.

13 Vgl. George Junus Aditjondro, Guns, Pamphlets and Handie-Talkies. How the military exploited local ethno-religious tensions in Maluku to preserve their political and economic privileges, in: Ingrid Wessel/Georgia Wimhöfer (Hg.), Violence in Indonesia, 2001, S. 103 ff.

14 Vgl. Aditjondro, a.a.O., S. 105.

15 Vgl. Bubandt, a.a.O., S. 232.

16 Vgl. Bubandt, a.a.O., S. 233. Außerdem wurde der Versuch im August 1999, einen Malifut-Verwaltungsdistrikt zu etablieren, als ein von den Führern der Makian-Volksgruppe eingefädeltes Unterfangen gesehen, dem Sultan (politischen Führer) Ternates die politisch-ökonomische Mitbestimmung über die Goldvorkommen in der Nähe von Kao und Malifut, die bereits von einer ausländischen Minenfirma ausbeutet wurde, zu entziehen.

einen und christliche Kämpfer auf der anderen Seite mit sich.¹⁷ Racheakte an der christlichen Minderheit in Ternate führten zu einer Eskalationsspirale, die sich schnell zu einem gewalttätigen Flächenbrand auf Ternate, der benachbarten Insel Tidore¹⁸ und den Städten und Dörfern des östlichen Nordhalmahera entwickelte.

Immer mehr zeichnete sich eine Konflikttautragung entlang der religiösen Grenzlinien ab. Im nördlichen Subdistrikt Halmaheras, Galela, wurde das überwiegend von Christen bewohnte Dorf Duma¹⁹ von mehreren hundert Schwerbewaffneten angegriffen. Mehr als hundert Bewohner wurden ermordet, das Dorf beinahe dem Erdboden gleichgemacht. Der Einsatz von schweren Geschützen legte den Verdacht nahe, dass Mitglieder indonesischer Truppen an den Gräueltaten beteiligt waren, denn die normalerweise nur mit Kleinwaffen bzw. Macheten ausgerüsteten Bewohner Halmaheras konnten eine Zerstörung von Gebäuden in dem vorgefundenen Ausmaß nicht herbeiführen.²⁰ Die bis dato relativ friedlichen Kleinbauern und Fischer der Dörfer hatten sich, je nach Glaubenszugehörigkeit, innerhalb kurzer Zeit mit Teilen der indonesischen Sicherheitskräften – v.a. lokalen Truppenverbänden – zusammengeschlossen, um ihre jeweiligen Glaubensgenossen gegen vermeintliche oder tatsächliche Angriffe zu verteidigen oder durch »Offensiven« den Attacken der »Gegner« vorzukommen.²¹ Dabei ist der Wirkung von bewusst in Umlauf gebrachten Falschinformationen besondere Bedeutung beizumessen.²²

Tausende, insbesondere Frauen, Kinder und alte Menschen flohen, die meisten kampffähigen Männer schlossen sich entweder der sogenannten »Weißen« oder »Roten Armee«

17 Vgl. ebda.

18 Tidore ist ebenso wie Ternate ein jahrhundertealtes Sultanat, welches bis heute politisch mit Ternate konkurriert. Vgl. Leonard Y. Andaya, *The World of Maluku: Eastern Indonesia in the early modern period*. University of Hawaii Press 1993, S. 174.

19 Vgl. ReliefWeb, International Crisis Group- ICG Asia Report No. 31: *Indonesia: The Search for Peace in Maluku*, <http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/v1ID/>, 08.02.2002, S. 7.

20 Vgl. ebda.

21 Diese zumindest partiell nachweisbare Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte an den Gewalttaten liegt auch insbesondere auf Amboin vor: Ein Verteidiger der »christlichen« Straßengang Coker (Cowok Keren or Cool Guys), die tödlicher Bombenattentate und Schusswechsel (mit Todesopfern) auf den Molukken seit dem Jahr 2000 verdächtigt werden, erklärte, dass sie bei einigen Attacken Unterstützung von Soldaten indonesischer Spezialeinheiten erhielten. Soldaten der Kopassus-Spezialeinheit hätten die Gruppe mit Anweisungen, Waffen und Bomben versehen. Dabei habe die Gruppe – nach Angaben des Anwalts – bei jeder Gewalttat »Hilfe« von indonesischen Soldaten erhalten. Zugleich mutmaßte er, dass der Molukken-Konflikt durch externe Provokateure verursacht werde – dabei würden die Unruhen gezielt vom Militär instrumentalisiert werden, um der indonesischen Öffentlichkeit zu vermitteln, dass ohne Militärpräsenz die Sicherheit auf den Molukken nicht gewährleistet werden könne. Das Militär wollte den Anschuldigungen nachgehen. Vgl. Lawyer says soldiers helped attacks by Christian gang, Jakarta Post, 09.01.2003; und vgl. Maluku police traces chemical substances for bombs sent by Amrozi, Jakarta Post, 22.11.2002.

22 Die Situation auf den Molukken entwickelte sich während der Phasen der Konfliktescalation quasi-exemplarisch analog zu dem theoretischen Konzept der »Strategischen Rivalitäten«. Das Konzept der Rivalitätsanalyse, dargestellt bei Colaresi/Thompson, besagt, dass dem Konfliktkontext spezifische Bedeutung zukommt. Je höher die wahrgenommene Bedrohung für eigene Grundwerte, desto geringer der Grad an Objektivität der weitervermittelten Information und desto größer das wechselseitige Misstrauen der Konfliktparteien. Vgl. Michael Colaresi/William R. Thompson, *Strategic Rivalries, Protracted Conflict, and Crisis Escalation*, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 39, No. 3, S. 263-287, S. 268 f.

an – wobei »Weiß« das Symbol muslimischer und »Rot« das Kennzeichen der christlichen Milizen war, erkennbar an den entsprechend gefärbten T-Shirts und Stirnbändern.

2.1 »Konfliktbeendigung« – die Annäherungsversuche des Malino I & II- Abkommens

Mit der Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen »Malino I & II« am 11. und 12. Februar 2002 in der Stadt Malino/Südsulawesi, das von der indonesischen Regierung zwischen den christlichen und muslimischen Milizen vermittelt worden war, wurde ein dreijähriger blutiger Konflikt auf den Molukkeninseln offiziell beendet.²³ Dabei wurde auch die Einrichtung eines Untersuchungsteams für die Konfliktursachen und die Hintergründe einiger besonders schwerer Gewalttaten beschlossen.

Allerdings sind die Hindernisse auf einem Weg zur Annäherung der verfeindeten Gruppen auf den Nordmolukken (und noch vielmehr auf Ambon) seit diesem Friedensschluss keineswegs ausgeräumt.

Nur allmählich ebbten durch eine starke Präsenz überregionaler indonesischer TNI-Truppenverbände in und insbesondere zwischen den nun mehrheitlich ethnisch wie religiös homogenen Dörfern die punktuellen »spontanen« Gewalteruptionen und längerfristig geplante Massaker ab. Bereits 2000, als die bewaffneten Auseinandersetzungen noch intensiviert wurden, waren mehr als 860.000 Menschen vertrieben worden, ca. 78.000 Menschen hatten in Flüchtlingslagern Zuflucht gesucht.²⁴ Ungefähr 40.000 Häuser wurden zerstört.²⁵ Die infrastrukturell wichtigen Institutionen wie medizinische Versorgung, Verwaltung, Ausbildungszentren und v.a. der Handel (Lebensmittelversorgung), ebenso wie die Strom- und Wasserversorgung der vor dem Konflikt relativ gut erschlossenen Provinz, waren weitgehend unterbrochen, wenn nicht gar langfristig zerstört. Dies galt insbesondere in den Randlagen der nordöstlichen (v.a. Subdistrikt Galela) und südöstlichen (Kao/Malifut) Gebiete Nordhalmaheras. Allmählich kehrten die ersten Binnenvertriebenen zurück in ihre Dörfer. Viele von ihnen waren je nach Religionszugehörigkeit zu Verwandten, Bekannten oder in die teilweise überfüllten Notunterkünfte und Camps nach Manado/Nordsulawesi (Christen) oder nach Ternate (Muslime) bzw. Makassar/Südsulawesi geflohen. Tausende wurden teilweise in Notunterkünften und Camps von verschiedenen (inter-)nationalen Hilfsorganisationen²⁶ und der indonesischen Regierung versorgt. Ab 2001 wurden auch Rückführungsprogramme durch die indonesischen Behörden gestartet. Dadurch wurden einige der bis dato teilweise verwaisten Dörfer, in denen die Häuser nur leicht zerstört waren, wiederbesiedelt. Als problematisch

23 Vgl. Indonesian Government, *The Moluccas agreement in Malino (Malino II) signed to end conflict and create peace in the Moluccas*, in: ReliefWeb, <http://reliefweb.int/>, 14.02.2002.

24 Vgl. Aditjondro, a.a.O., S. 100.

25 Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff, Jakarta vermittelt zwischen Christen und Muslimen, Frankfurter Rundschau, 13.02.2002.

26 Viele der Vertriebenen mussten über ein Jahr in den Flüchtlingscamps leben, dabei wurde ihre Versorgung mit Lebensmittelpaketen, medizinischer Betreuung usw. vom indonesischen Roten Halbmond »PMI«, International Mercy Corps, World Vision u.a. gewährleistet. Auch beim Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Infrastruktur wird die Bevölkerung von einer Vielzahl indonesischer und internationaler Hilfsorganisationen unterstützt.

erwies sich jedoch die Rückkehr von Binnenvertriebenen in zuvor »gemischte« Dorfgemeinschaften von Christen und Muslimen. Wie häufig im Nachhall derartiger Konflikt ereignisse hatten z.B. Christen, die aus dem Subdistrikt Galela geflohen oder vertrieben worden waren, in dem nun von Christen dominierten Tobelo die Häuser von geflohenen oder vertriebenen Muslimen bezogen und umgekehrt.

Selbst wenn sich dieses Problem nicht stellte, konnte sich die Rückkehr in das Heimatdorf dennoch äußerst schwierig gestalten – von der Anreise durch teilweise immer noch »feindliches« Gebiet (diese »wahrgenommene« oder tatsächliche Bedrohung hielt für einen längeren Zeitraum viele »Internally Displaced Persons« – IDPs von einer Rückkehr ab) – bis hin zu tatsächlichen Bedrohungen vor Ort durch die nun dort vorherrschende und u.U. »feindliche« Mehrheit. Aufgrund dieser Einschüchterungen, neuerlicher angedrohter und/oder umgesetzter Gewalttaten kehrten oftmals nur einige männliche Familienmitglieder an ihren früheren Wohnort zurück, um ihre Häuser und Grundstücke zu verkaufen und ihr Dorf und nicht selten Nordhalmahera endgültig zu verlassen.

Der seit Ende 2002 auf den Nordmolukken bestehende negative Frieden²⁷ wird durch seltener werdende Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Muslimen und Christen, und auch durch vereinzelte Provokateure²⁸, z.B. auf Ambon, nicht unerheblich gefährdet.

2.2 Malukku in der postkonfliktiven Phase?

Die Gewalt in den beiden Provinzen Malukku und Nordmalukku hat zwar seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Februar 2002 stark abgenommen. Außerdem scheinen nach der offiziellen Auflösung der militanten muslimischen Gruppe »Laskar Jihad« wenige Tage nach dem Bombenanschlag auf Bali (die Gruppe hatte aber bereits vorher die Auflösung geplant) und der offiziellen Einstellung der Gruppenaktivitäten auf den Molukken²⁹, die Bereitschaft, neue gewalttätige Auseinandersetzungen provozieren zu wollen, gering zu sein³⁰. Dies wird v.a. auf das Malino I&II-Friedensabkommen vom Februar 2002 zurückgeführt, denn die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung unterstützt

²⁷ Negativer Friede wird hier verstanden als eine Abwesenheit kriegerischer Auseinandersetzungen, an strukturellen Ursachen und Zusammenhänge des Konfliktes hat sich dadurch jedoch noch nichts verändert. Vgl. Volker Matthies, Der Transformationsprozess vom Krieg zum Frieden – ein vernachlässigtes Forschungsfeld, in: derselbe (Hrsg.), Vom Krieg zum Frieden, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Edition Temmen, Bremen, S. 8-38, S. 20.

²⁸ Das Mitte Dezember von der Anklage des Nord-Jakarta-Distrikts-Gerichts beantragte Strafmaß von je 5 Jahren Haftstrafe für die beiden Führer der Befreiungsfront der Molukken (»Maluku Sovereignty Front«) Alex Manuputty und Samuel »Sammy« Waileruny, wurde mit der Gründung einer illegalen Organisation und dem Hissen der verbotenen Flagge der von der Befreiungsbewegung ausgerufenen Republik der Südmolukken begründet. Vgl. Prosecutors seek five years jail for Maluku separatist leaders, Jakarta Post, 19.12.2002.

²⁹ Seitdem haben angeblich 2.000 Laskar Jihad-Mitglieder die Zentral- und Nordmolukken verlassen, weitere 1.000 nicht-aktive Mitglieder sind noch in den beiden Provinzen. Vgl. Govt delays lifting civil emergency in Maluku, Jakarta Post, 28.12.2002.

³⁰ Vgl. ebda.

diese Abkommen. »Kriegsmüdigkeit«, auch in Ambon, entzieht radikal-militanten Kräften die Basis.³¹ Dazu hat nach Einschätzung von Beobachtern nicht zuletzt auch das Bombenattentat in Bali beigetragen, das von der Mehrheit der gemäßigten indonesischen Muslime verurteilt wurde.³² Die überwiegende Zahl der indonesischen Muslime (ca. 80 Prozent der Bevölkerung) gilt als moderat. Allerdings kann auch in einem Land mit 200 Millionen Gläubigen bereits eine Minderheit von Militanten ein gefährliches Gewicht erlangen. Angesichts zunehmender Armut und einer allgemeinen Ablehnung der US-Nahostpolitik erhalten Hassprediger³³ regen Zulauf.

Trotz einer Entspannung der Situation soll der Status des zivilen Ausnahmezustandes³⁴, der im Juli 2000 über die beiden Provinzen verhängt worden war, um die aus anderen Teilen Indonesiens auf die Molukken-Inseln eingeschleusten Kämpfer der Milizen abzufangen, weiterhin aufrecht erhalten werden. Zwar hat die Zahl der Gewaltbereignisse zwischen Christen und Muslimen insbesondere in Ambon, der Stadt, in welcher sich 1999 die ersten gewalttätigen Auseinandersetzungen ereigneten und eine Eskalationsspirale verursachten, in den letzten Monaten abgenommen.³⁵

Die Regierung verschob jedoch, aufgrund von Befürchtungen, dass dies zu neuen Unruhen und Gewalt führen könnte, die Gouverneurswahlen, die den Nachfolger für Saleh Latuconsina bestimmen sollen.³⁶

Selbst Vertreter der Provinzverwaltungen sehen diesen Konflikt in multikausalen Zusammenhängen von erheblichen Einkommensunterschieden, Misstrauen zwischen ethnischen und auch religiösen Gruppierungen an.³⁷ In der Geschichte der Molukken, lange bevor die »Gewürzinseln« von den späteren Kolonialmächten³⁸ (Portugal, Spanien und schließlich die Niederlande) entdeckt wurden, galt das Prinzip »pela« gleichbedeutend mit unverletzlicher Brüderlichkeit und Solidaritätstradition zwischen allen Einwohnern mehrerer »Partner«-Dörfer oder Clans. Diese standen sich auch im Krisenfall, allerdings oft auch gegen feindliche Drittparteien, bei.³⁹ Jene Tradition hatte lange Zeit für die Bewohner der Molukken Priorität vor religionsspezifischen Gruppenzuordnungen.⁴⁰ Versöhnungsansätze zwischen den bisherigen Feinden

³¹ Vgl. auch Einschätzung eines Sprechers der Lokalverwaltung, Ishaak Sailima in Govt delays lifting civil emergency in Maluku, Jakarta Post, 28.12.2002.

³² Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

³³ So wie zum Beispiel der Fundamentalist Abu Bakar Ba'asyir, der Osama bin Laden als »wahren islamischen Kämpfer« preist. Vgl. ebda.

³⁴ Dieser Ausnahmezustand impliziert den Verbotsvorbehalt der lokalen Verwaltung für öffentliche Versammlungen sowie die Option, Medienberichterstattung über Ereignisse in den Provinzen einzuschränken und allgemeine Ausgangssperren verhängen zu können.

³⁵ Ebda., Aussage des Leiters des Regierungsteams zur Einschätzung der Sicherheitslage in Maluku, Maj. Gen. (ret.) I Wayan Karya.

³⁶ Vgl. Govt delays lifting civil emergency in Maluku, Jakarta Post, 28.12.2002.

³⁷ Vgl. ebda.

³⁸ Vgl. Eine der wenigen umfassenden und tiefgängigen historisch-ethnologisch Studien über die Molukken ist die Arbeit von Leonard Y. Andaya, The World of Maluku: eastern Indonesia in the early modern period. 1993, University of Hawaii Press.

³⁹ Vgl. Aditjondro, a.a.O., S. 107.

⁴⁰ Vgl. ebda.

und früheren Nachbarn sollten an diese lokal und regional kulturell unterschiedlich gelebten Ansätze anknüpfen.

Die Verlinkung von Verortung eigener religiöser Identität, Kultur und Gewalt allerdings, und ferner die Verbreitung von Gerüchten als Mixtur aus sehr selektiver Perzeption und (fremd-) gesteuerter machtpolitischer Propaganda sowie vereinzelte klandestine Verlinkungen von Mitgliedern des Militärs und Provokateuren fand insbesondere – und mehr als in Amboin – auf den Nordmolukken statt. Eine Gewaltgenese mit derartigen Elementen ist nicht langfristig durch »good-will«-Erklärungen zu »neutralisieren«. Insbesondere die weiterhin ungeklärte Rolle und Involvierung staatlicher Sicherheitskräfte in den Konflikt stellt eine Gefahr für die erlangte Stabilität dar.

3. Die Bali-Attentate

In der Stadt Kuta auf der Ferieninsel Bali waren am 12. Oktober 2002 mehrere Bomben in einem Cafe, einer Diskothek, die v.a. von ausländischen Touristen besucht wurde, und wenig später in der Nähe des US-Honorarkonsulats in Renon/Denpasar, explodiert. Mehr als 190 Menschen starben, weitere 300 wurden verletzt.⁴¹ Nach zwei Monaten war der mutmaßliche Drahtzieher, Imam Samudra, in der Nähe von Jakarta verhaftet worden. Er ist auch Vorsitzender der Jemaah Islamiyah (JI), einem regionalen Terror-Netzwerk ist, das von den Vereinten Nationen auf die Liste der Terrorgruppen gesetzt wurde.⁴² Die indonesischen Sicherheitskräfte vermuten in der Person Samudras⁴³ eine noch wichtigere Informationsquelle als in Amrozi und dessen noch gesuchtem Bruder, Ali Imron⁴⁴ oder einem weiteren verhafteten Bruder, Mukhlas, v.a. hinsichtlich der radikal-islamischen Terrororganisation Jemaah Islamyah (JL).⁴⁵ Auch Indizien in Mukhlas' Haus veranlassten Mitte Dezember 2002 die Polizei zu einer Warnung vor Unterschätzung der operativen Kapazitäten des indonesischen Terrornetzwerkes Jemaah Islamiyah, dessen operativer Leiter er sein soll.⁴⁶

Nach Angaben des festgesetzten Verdächtigen Amrozi ist der »mastermind« hinter dem Attentat Imam Samudra, der auch drei Personen, mit deren Beteiligung Amrozi nicht einverstanden war, mit den letzten Vorbereitungen betraut hatte.⁴⁷ Samudra, der als Mitglied des JL gilt, hatte eine Chemiker-Ausbildung an einer malaysischen Universität absolviert. Er war Ende November 2002 verhaftet worden.⁴⁸ Zunächst sollte der Anschlag auf das US-Honorarkonsulat in der Gegend

41 Vgl. ICG-Briefing (Summary): Impact of the Bali bombings, Jakarta/Brussels, <http://www.crisisweb.org>, 24.10.2002.

42 Vgl. Jakarta Post, 21.11.2002.

43 Es bestehen Verbindungen zwischen dem mutmaßlichen operationellen Führer von JI, Hambali, dem islamischen Leiter Ba'asyir und Samudra, denn lehrten bzw. vor 10 Jahren an derselben Koranschule in Südmalaysia. Vgl. NZZ, 21.12.2002.

44 Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff, Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

45 Vgl. NZZ, 21.12.2002.

46 Vgl. Einen konkreten Anlass für diese Warnung gab der Fund eines Handbuches zum Bau von Bomben, in einem von Mukhlas angemieteten Haus. Vgl. Don't underestimate bombers' abilities, investigation spokesman says, Jakarta Post, 18.12.2002

47 Vgl. Bali nightclubs, Jakarta Post, 21.11.2002.

48 Vgl. Imam Samudra arrested: report, Jakarta Post, 21.11.2002.

von Renon/Denpasar/Bali stattfinden. Die Bombe, die in der Nähe des US-Honorarkonsulates explodierte, forderte keine Opfer. Amrozi hatte in seinen Aussagen auch den Hass der Täter auf die US-Politik im Nahen Osten hinsichtlich der Palästina-Frage und dem Irak-Konflikt als Begründung für die Taten genannt.⁴⁹

Samudra wird vorgeworfen, die Schaffung eines panislamischen Großstaates, der auch Indonesien, Malaysia, Singapur und die Philippinen einschließen soll, zu verfolgen und eine Verbindung zu Al-Quaeda durch den als Mittelsmann verdächtigten, noch gesuchten Hambali alias Riduan Isamuddin⁵⁰, zu besitzen.

Ba'asyir und Samudra sollen maßgebliche Verantwortung für die Bombenexplosionen in zahlreichen Kirchen in Jakarta um Weihnachten 2000 tragen. Samudra hatte gemäß Polizeiangaben auch Afghanistan besucht. Außerdem wurde er wegen Bombenanschlägen u.a. in Pekanbaru und Batam polizeilich gesucht, zudem wird ihm auch die Verantwortung für ein para-militärisches Vorbereitungstraining, das mit den Anschlägen in Zusammenhang stehen soll, zugeschrieben.⁵¹ Diese Vorwürfe hatte der Verdächtige bestätigt.⁵² Gegen Ba'asyir wird zusätzlich wegen der Beteiligung an einem Mordkomplott 2001 gegen die damalige Vizepräsidentin Indonesiens, Sukarnoputri, ermittelt.⁵³ Ba'asyir war bereits zu Suhartos Zeiten vor einer Verhaftung wegen Versuchs der Gründung eines islamischen »Gottesstaates« aus Indonesien nach Malaysia geflohen und hatte dort eine Islamsschule gegründet, in der sich auch Amrozi und Samudra und Mukhlas trafen.⁵⁴ Die Verdachtsmomente, dass Laskar Jihad ein Teil des Netzwerkes von Ba'asyir war, haben sich nicht bestätigt.⁵⁵

Die Polizei bemüht sich, Hinweisen auf eine malayische Finanzquelle nachzugehen, die eine Summe von über US\$ 30.000 für das Netzwerk der Extremistengruppe JI zur Durchführung des Bombenanschlags in Bali bereitgestellt hatte.⁵⁶ Informationen des polizeilichen Untersuchungsteams für den Bali-Anschlag deuten nach Verhören der Hauptverdächtigen, des »Koordinators«, Amrozi u.a. darauf hin, dass die Gruppe weitere Bombenattacken an anderen Schauplätzen in Indonesien geplant hatte.⁵⁷

Einige muslimische Internate, sog. »pesantren« werden mit radikalen muslimischen Gruppen in Verbindung gebracht⁵⁸, was allerdings von der islamischen Studentenorganisation PMII, die zur Nationalen Versammlung der Muslime (NU)

49 Vgl. Bali nightclubs, Jakarta Post, 21.11.2002.

50 Hambali wird von Terrorexpererten nicht nur der Mitgliedschaft in Al-Quaeidas höchstem Entscheidungsgremium, der »Shura« verdächtigt, die JI soll angeblich ein südostasiatischer Zweig von Al-Quaeda sein. Vgl. Aussage von Zachary Abuza, US-amerikan. Terrorexperte, in: Moritz Kleine-Brockhoff, Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

51 Vgl. Jakarta Post, 21.11.2002. Von der Polizei werden weiterhin vier Verdächtige gesucht.

52 Vgl. Jakarta Post, 03.12.2002.

53 Vgl. Police extend Ba'asyir's detention period, Jakarta Post, 05.12.2002.

54 Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff, Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

55 Vgl. Jakarta Post, 18.12.2002.

56 Vgl. Police to chase Bali money trail in Malaysia, Jakarta Post, 11.12.2002.

57 Vgl. Bali bombers planned bombing campaign elsewhere, police say, Jakarta Post, 19.12.2002.

58 Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff, Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

gehört, zurückgewiesen wird.⁵⁹ Auch Vizepräsident Hamzah Haz leugnet, engen Kontakt zu radikal-islamischen Führern zu haben, obwohl seine Solidaritätsbesuche des inhaftierten ehemaligen Laskar Jihad-Kommandeurs Thalib in den Medien stark kritisiert worden waren. Jafar Umar Thalib, dem Aufhetzung gegen die Regierung Anfang 2002 auf den Molukken vorgeworfen wird, könnte zu bis zu sieben Jahren Haft verurteilt werden.⁶⁰ Allerdings haben Befürchtungen, es könnten Verbindungen zwischen Thalib und bin Ladens Netzwerk bestehen, sich nicht bestätigt, da Thalib bin Laden als einen »Abtrünnigen« von muslimischen Grundvorstellungen bezeichnet.⁶¹

Die dargestellten Querverbindungen einzelner, in weiten Teilen Indonesiens populärer muslimischer Gelehrter und Führer islamischer Organisationen zeigen die Schwierigkeit für den indonesischen Staat auf, Terrorismusbekämpfung entschieden und ohne die innenpolitische Stabilität des Landes zu gefährden anzustreben. Dies zeigt sich auch in den nachfolgend beschriebenen anderen Konfliktregionen Indonesiens.

4. Sulawesi

In der Provinz Poso auf der Insel Sulawesi hatte eine Auseinandersetzung zwischen einzelnen Muslimen und Christen ab Weihnachten 1998 zu langjährigen blutigen Gewalttaten geführt, denen sowohl religiöse als auch ethnische wie sozioökonomische Probleme zugrunde liegen. Der andauernde Konflikt kostete innerhalb von vier Jahren ca. 1.000 Menschenleben und zwang mehrere Hunderttausend zur Flucht.⁶² Indizien weisen darauf hin, dass die Bombenanschläge, die drei Personen in einem Schnellimbissrestaurant in Makassar auf der Insel Süd-Sulawesi getötet und mehrere verletzt haben, in enge Verbindung mit den Verdächtigen des Bali-Anschlags gebracht werden, da sich die mutmaßlichen Beteiligten gegenseitig kannten und Pläne austauschten.⁶³ Den Tatverdächtigen wird ein Umsturzversuch gegen die Regierung vorgeworfen, ferner terroristische Aktivitäten, z.B. auch der Schmuggel von Waffen für Kämpfer in Amboin, auf die Molukken und nach Poso in Zentral-Sulawesi. Der verdächtigte Leiter der Gruppe, Hamid, und seine mutmaßlichen Helfer streben angeblich die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in Indonesien an.⁶⁴ Sie sollen auch über Verbindungen zu ausländischen Terroristen in Mato/Philippinen und Afghanistan verfügen.⁶⁵

Analysen von Human Rights Watch (HRW) zufolge sind die gewalttamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern

unterschiedlicher Religionen in Zentral-Sulawesi eine Folge der jahrelangen Straflosigkeit für Verantwortliche für Schusswechsel und Bombenattacken.

Skeptisch ist auch die Tatsache zu sehen, dass die USA und ihre Verbündeten in ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch die indonesischen Sicherheitskräfte unterstützen wollen.⁶⁶ Das Problem, dass das indonesische Militär die Konflikte in einigen Regionen des Inselstaates nicht unter Kontrolle hat, wird dabei größtenteils ignoriert – Lösungsansätze sind nicht ein Mehr an Waffen und Training, sondern Reformen.⁶⁷ Auch die angestrengten Gerichtsverfahren gegen einige Hauptakteure der Gewalt endeten häufig mit nicht stringenter Sanktionierung bei vergleichbaren Delikten und entzündeten so neue Gewalt. Deshalb fordert HRW eine spezielle Untersuchung der Unruhen in der Provinz Poso durch die Indonesische Menschenrechtskommission, ebenso wie international unterstützte Weiterbildungsprogramme für die Polizei.

Polizeieinheiten entdeckten Anfang Januar 2003 ein illegales militärisches Trainingscamp nördlich von der Stadt Makassar in Süd-Sulawesi, das vermutlich dem Führer Agung Abdul Hamid unterstand, der Chef einer Gruppe ist, die für das Attentat auf eine Filiale einer US-amerikanischen Schnellimbisskette, verantwortlich gemacht wird.⁶⁸ Nach Angaben der Behörden werden Vermutungen angestellt, ob die Campleiter nicht womöglich von den Philippinen und aus Afghanistan stammten. Außerdem haben einige Kontakte der »Makassar-Verdächtigen« Verbindungen zu den mutmaßlichen Bali-Attentätern.⁶⁹ Die Mutmaßung der Sicherheitsbehörden, die hauptverantwortlichen »Ausbildungsleiter« kämen aus dem Ausland, deuten darauf hin, dass Indonesien den Eindruck eines klandestinen terroristischen »Headquarters« unbedingt vermeiden möchte. Außenpolitische Schadensbegrenzung ist dringendes Anliegen der Regierung, nachdem der wirtschaftliche Einbruch in allen indonesischen Provinzen nach dem 12. Oktober schätzungsweise 21,5 Millionen Euro und ca. 150.000 Arbeitsplätze⁷⁰ kosten wird.

5. Aceh – Autonomiebestrebungen und Bodenschätzungen

Der bewaffnete Konflikt zwischen indonesischer Staatsmacht und der Aceh-Befreiungsbewegung (GAM) in der wegen ihrer an Bodenschätzungen (Erdöl und Erdgas) reichen und umkämpften Provinz Aceh mit ihren 4,2 Millionen Einwohnern, im Norden der Insel Sumatra, hatte seit 1976 mehr als 10.000, meist zivile, Todesopfer gefordert.⁷¹ Ursachen

59 Vgl. Don't link terrorism to 'pesantren', Muslim movement urges, Jakarta Post, 27.11.2002.

60 Vgl. Prosecutors sought one year jail for former Laskar Jihad commander, Jakarta Post, 19.12.2002.

61 Vgl. ReliefWeb, International Crisis Group- ICG Asia Report No. 31: Indonesia: The Search for Peace in Maluku, <http://www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/v1ID/>, 08.02.2002, S. 19.

62 Vgl. Human Rights Watch, Indonesia, Vol. 14 No. 9 (C), Breakdown: Four Years of Communal Violence in Central Sulawesi, 12/2002, <http://www.hrw.org/>, S. 5.

63 Vgl. Bali, Makassar bombings closely connected, Police chief says, Jakarta Post, 13.12.2002.

64 Vgl. Makassar bombers to be tried on charges of plotting to topple govt, Jakarta Post, 18.12.2002.

65 Vgl. ebda.

66 Vgl. Andreas Ufen, Indonesien, Malaysia und die Philippinen einigen sich auf Entwurf eines Anti-Terrorismus-Abkommens, <http://www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/soa/soaue010802.html>.

67 Vgl. Aussage des HRW-Direktors der Asienabteilung, Brad Adams, in: Sulawesi strife due to the government failure: Human Rights Watch, Jakarta Post, 05.12.2002.

68 Vgl. S. Sulawesi Police uncover terrorist training camps, Jakarta Post, 08.01.2003.

69 Vgl. ebda.

70 Vgl. Sidney Jones, Nach den Attentaten auf Bali. Was der Armee nützt, in: Le Monde Diplomatique, 11/02, S. 14.

71 Vgl. Megawati told to stop offering empty promises, Jakarta Post, 18.12.2002. Durchschnittlich 87 Zivilisten kamen bei den Kämpfen und Anschlägen im Jahr 2002 monatlich ums Leben. Vgl. Killings, clashes down in Aceh a month after peace deal, Jakarta Post, 11.01.2003.

des langjährigen Konfliktes, dessen Wurzeln teilweise bereits in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, während der Staatsgründung Indonesiens, zu finden sind, liegen v.a. in ökonomischer Ungleichheit.⁷² Aber auch politisch-ökonomische Ansprüche der Zentralregierung in Jakarta zum einen und die der lokalen Autonomiegruppen (insbesondere hinsichtlich der Natur-Ressourcen) zum anderen⁷³, haben die gewaltsamen Auseinandersetzungen forciert und Menschenrechtsverletzungen zur Folge. Zwar sollte die Verurteilung von 24 Soldaten des indonesischen Militärs sowie eines Zivilisten aufgrund des Bantaquiah-Massakers 1999 nach dem ersten größeren Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen die ernsthaften Bemühungen der indonesischen Behörden, Straflosigkeit entgegenzuwirken, aufzeigen. Jedoch wurde der verantwortliche befehlshabende Offizier nicht angeklagt, obwohl er einer der Haupt-Tatverdächtigen war.⁷⁴

Die indonesische Regierung hatte der GAM zuletzt weitgefasste Autonomierechte für die Provinz angeboten, wohingegen die GAM völlige Unabhängigkeit gefordert hatte.⁷⁵

Die Friedensverhandlungen, die mit Unterzeichnung eines Friedensabkommens durch die beiden Konfliktparteien – der indonesischen Regierung mit ihren Armee-Spezialkräften und der Aceh-Befreiungsbewegung (GAM) endeten, fanden auf Einladung des »Henry Dunant Center for Humanitarian Dialogue« in Genf am 10. Dezember 2002 statt.⁷⁶ Die indonesische Armee kündigte an, die monatelange Belagerung eines GAM-Stützpunktes zu beenden, paramilitärische Einheiten wollten ihre Patrouillen nicht weiter durchführen, unabhängige Beobachter⁷⁷ sollen gemäß dieses Abkommens einen Waffenstillstand und den Rückzug der Kombattanten überwachen.⁷⁸ Das Abkommen fordert einen »all-inclusive«-Dialog sowie eine Prüfung des Autonomie-Gesetzes, bevor 2004 freie Wahlen in Aceh durchgeführt werden sollen. Präsidentin Megawati Sukarnoputri wurde von Menschenrechtsaktivisten beschworen, den noch brüchigen negativen Frieden in Aceh durch Dialogbereitschaft zu stärken und keine repressiven militärischen Instrumentarien einzusetzen⁷⁹, wie dies in der Vergangenheit geschehen war.

Obwohl VN-Generalsekretär Kofi Annan den Friedensschluss begrüßte und Unterstützung für die indonesische Regierung

72 1998/1999 lag der Anteil der Provinz Aceh z.B. 10,5 Billionen indonesische Rupiah aus den Erträgen an Erdöl und Erdgasproduktion zum indonesischen Bruttoinlandsprodukt, wobei gleichzeitig lediglich geringer Satz aus der Staatskasse in die Entwicklung der Provinz Aceh flossen. Vgl. Ariffadhillah, The Recent Situation in Aceh, 2001 in: Wesse/Wimhöfer, Violence in Indonesia, 2001, S. 318.

73 Vgl. ebda., S. 330.

74 Vgl. ebda., S. 327.

75 Vgl. Megawati told to stop offering empty promises, Jakarta Post, 18.12.2002.

76 Vgl. GAM negotiators to attend peace talks in Geneva, Jakarta Post, 04.12.2002.

77 Das Gemeinsame Komitee für Sicherheit (Joint Security Committee) soll mit mehreren Dutzend internationalen Beobachtern den Waffenstillstand überwachen und sog. Friedenszonen in mehreren vom Konflikt besonders betroffenen Distrikten Acehs etablieren. Ein weiteres Mandat ist die Untersuchung von Gewalttaten, die sich nach dem Friedensabkommen ereigneten. Vgl. Killings, Clashes down in Aceh a month after peace deal, Jakarta Post, 11.01.2003.

78 Vgl. Military and civilians join tearful thanksgiving for peace in Aceh, Jakarta Post, 11.12.2002.

79 Vgl. Megawati told to stop offering empty promises, Jakarta Post, 18.12.2002.

in der ökonomischen und sozialen Entwicklung sowie in der Transition Indonesiens zur Demokratie zusagte, betonte er zugleich, die Konfliktbeendigung müsse in Einklang mit der Souveränität und territorialen Integrität Indonesiens stehen – wobei auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Sergio Vieira de Mello, die Respektierung des Menschenrechtsschutzes anmahnte.⁸⁰

Menschenrechtsschutz und Wahrung der territorialen Integrität Indonesiens dürfen keinen Widerspruch bedeuten. Allerdings zeigt sich im Rahmen der eingeforderten Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzern als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen während der Kämpfe in Aceh, dass Vertreter des indonesischen Militärs einer gerichtlichen Ahndung äußerst ablehnend gegenüberstehen.⁸¹ Diese zögerliche Haltung wird von ihnen mit der möglichen Gefährdung des ohnehin labilen negativen Friedens durch juristische Ahndung der Gewalttaten begründet. Menschenrechtsaktivisten machen insbesondere das indonesische Militär und auch Polizeikräfte für eklatante Gewalttaten während der 26jährigen Konflikt-dauer in Aceh verantwortlich.⁸²

Frühere Versuche, zu Waffenstillständen zu gelangen, waren meist von partielllem, zeitlich begrenztem Charakter, so z.B. im Mai 2000, und zielten vorrangig auf Symptombekämpfung ab.⁸³ Auch dieser neuerliche, von der Mehrheit der Beteiligten meist mit Enthusiasmus begrüßte Anlauf zum Frieden wird die Ernsthaftigkeit aller Konfliktparteien auf die Probe stellen.⁸⁴ Erste Probleme traten bereits nach kurzer Zeit auf.⁸⁵

6. »War on terror«, Instabilität und Menschenrechte in Indonesien »nach Bali«

Der Schock über die Geschehnisse des 12. Oktober 2002 hat in Indonesien zu einer Debatte über die Urheber, Hintergründe und die damit verbundenen Zukunftsperspektiven für derartige Terrorakte auf indonesischem Territorium geführt.

6.1 Innenpolitische Konsequenzen

Es kursieren mehrere (Verschwörungs-)Theorien zur Täterschaft der Bombenattentate in Bali⁸⁶. Eine Theorie lässt die Indonesier im allgemeinen vermuten, dass hinter dem Bali-Attentat entweder Kräfte der US-Regierung aktiv sind, die auf diese Weise die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewinnen wollten und somit auch einen Grund für die »Infiltrierung mit eigenen Truppen« haben könnte. Verantwortlich könnten aber auch Teile der »eigenen« indonesischen Armee sein.

80 Vgl. Kofi Annan hails RI-GAM peace deal, Jakarta Post, 11.12.2002.

81 Vgl. Aussage des indonesischen Generals Endriartono Sutarto, in: TNI chief opposes rights trials for Aceh, Jakarta Post, 19.12.2002.

82 Vgl. Ariffadhillah, a.a.O., S. 326 ff; und vgl. TNI chief opposes rights trials for Aceh, Jakarta Post, 19.12.2002.

83 Vgl. Ariffadhillah, a.a.O., S. 317.

84 Vgl. Die Meldung von mindestens zwei weiteren Todesopfern im Dezember 2002 nach Unterzeichnung des Abkommens: Violence continues in Aceh despite peace accord, Jakarta Post, 15.12.2002.

85 Vgl. Govt should allow GAM to join elections, Jakarta Post, 11.01.2003.

86 Sidney Jones, Who are the terrorists in Indonesia? Conspiracy theories over the Bali bombing are rife in Indonesia«, in: The Observer, zit.n. ICG-Report, vgl. ebda.

Die zweite Variante, häufig vertreten von Indonesiern, die in akuten Konfliktgebieten leben, verdächtigt das indonesische Militär im Zuge seiner Versuche, den früheren Einfluss auf die strategischen politischen Entscheidungen zurückzugewinnen. Dabei wird die Unterstützung für Laskar Jihad durch Teile des indonesischen Militärs in Malukku sowie die unklare Rolle der Spezialkräfte des TNI beim Tod des Führers der Unabhängigkeitsbewegung in der Provinz Papua, Theys Eluay, als Begründung angeführt. Im langjährigen, teilweise verdeckten Konkurrenzkampf zwischen indonesischer Polizei und indonesischem Militär könnte in der »Post-Bali«-Ära Unterstützung für das Militär gefördert werden, so diese Ansicht.

Die dritte, allerdings weit weniger populäre Version über die Urheberschaft der Gewalttat ist für viele Indonesier das Al-Quaeda-Netzwerk. Jedoch beunruhigt insbesondere viele Liberale in Indonesien, dass die Festnahme Abu Bakar Ba'asyirs alias al-Faruq, der als ein enger Verbündeter von Hambali gilt, womöglich als die Festsetzung eines besonders hochrangigen indonesischen »Brückenkopfes« für Al-Quaeda in Südostasien dargestellt wird. Grund für das Misstrauen gegenüber dieser Version ist die Tatsache, dass in Indonesien in der Vergangenheit die Praxis gewaltsamer Erpressung (falsche) Geständnisse während polizeilicher Verhöre nicht selten war.⁸⁷

Verhaftungswellen mutmaßlicher Mitbeteiligter an den Bombenanschlägen der letzten Monate oder gar Jahre können schnell zu einem Automatismus aufgrund der Forderung nach raschen Fahndungsergebnissen und insgesamt als Pyrrhus-Beweis gegenüber den USA, Australien und ihren Verbündeten für die Entschiedenheit im Kampf gegen den Terrorismus gelten.

Vertreter der zwei größten muslimischen Organisationen in Indonesien »Nahdlatul Ulama« und »Muhammadiyah« sowie Vizepräsident Hamzah Haz⁸⁸ thematisierten mit Politikern aus Singapur die Gefährdung für die wirtschaftliche Entwicklung, die von radikal-islamischen Organisationen in Indonesien ausgeht.⁸⁹ Die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens wird schon durch die Existenz terroristischer Netzwerke und erst recht durch ihre verheerenden gewaltsamen Aktivitäten behindert. Gleichzeitig treibt die für viele Indonesier beinahe aussichtslose individuelle wirtschaftliche Situation viele Menschen in die »Arme« radikaler Organisationen.

Zwar sind insbesondere Vertreter der muslimischen Gemeinschaft in Indonesien intensiv darum bemüht, auf die im

⁸⁷ Ein bislang von unabhängigen Zeugen bestätigter Vorwurf des wegen Visaverletzungen inhaftierten arabischstämmigen Deutschen, er sei von indonesischen Sicherheitskräften misshandelt worden (vgl. Prosecutor seeks 18 months for German over visa violation, Jakarta Post, 14.01.2003), stellt zwar keinen Beweis für die Fortsetzung dieser frühen Praxis dar, dennoch sollte Terrorismusbekämpfung nicht in einer massiven Nicht-Achtung minimaler Menschenrechtsstandards enden.

⁸⁸ Der indonesische Vizepräsident Haz wurde von Medien aufgrund seines freundschaftlichen Kontaktes zu dem in Untersuchungshaft einsitzenden Jafar Umar Thalib (Führer des selbstaufgelösten Laskar Jihad) stark kritisiert.

⁸⁹ Vgl. Goh discusses terrorism with VP, moderate Muslim leaders, Jakarta Post, 18.12.2002.

Inselstaat mehrheitlich verbreitete moderate islamische Glaubensrichtung hinzuweisen.⁹⁰ Armut und der bereits dargestellte zunehmende Anti-Amerikanismus unterminieren aber alle Bemühungen um Verständigung und Toleranz.⁹¹ Diese gemäßigten Stimmen können die kleinen radikalen Minderheiten, die bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 200 Millionen Menschen eine beträchtliche Größe darstellen, auf Dauer jedoch nicht ignorieren.

Außer den Bali-Attentaten ist Indonesiens Regierung mit dem Erbe der Suharto-Herrschaft konfrontiert – schwache, kaum leistungsfähige, noch stark in Reformierungsprozessen steckende (oder stagnierende) staatliche Institutionen, u.a. Justizsystem, das selbst mit dem Vorwurf der Korruption konfrontiert und generell mangelhaft ausgerüstet ist, sowie der weiterhin existente Einfluss des indonesischen Militärs. Die in den einzelnen Inselprovinzen teilweise immer noch sehr ausgeprägte Parallelität von zivilen und militärischen Strukturen schwächt die Transition zu einer gefestigten Demokratie. Politische Skandale, auch in Verbindung mit der weitverbreiteten Korruption und Rechtsunsicherheit bzw. mangelhafte »Gesetzestreue« haben ihre entsprechenden Wirkungen im sozial-ökonomisch-politischen Gefüge des Inselarchipels.⁹²

Die Auswirkungen der ökonomischen Krise, die den südostasiatischen Raum mit eben jenen aufstrebenden Schwellenländern sind auch noch 2002 zu spüren und eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft ist noch nicht in Sicht.

Die Warnung vor der Gefahr einer Schwächung der erst in den letzten drei Jahren entwickelten Rolle der Polizei als Garant innerer Sicherheit durch ein mögliches Wiedererstarken des Militärs ist ernst zu nehmen. Die Theorie der Verwicklung des TNI in die Bombenanschläge findet desto besseren Nährboden, umso eher das indonesische Militär von den Gewalttaten durch »vermeintliche« Stabilisierung der Gefahrenlage indirekt zu profitieren scheint. Dies führt dazu, dass der Version, die eine Verantwortlichkeit von Al-Quaeda für die Anschläge nahe legt, in Indonesien noch weniger Glauben geschenkt wird.⁹³ Druck westlicher Staaten auf Indonesien zwecks Identifizierung und härtester Strafverfolgung für die Urheber der Attentate allerdings, könnte lediglich die Verschwörungstheorien über US-Beteiligung an diesen Gewalttaten und das Negieren jeglicher Verantwortlichkeit auf indonesischer Seite verstärken. Die Unterstützung der Ermittlungsarbeiten indonesischer Behörden durch ausländische Spezialisten wurde zwar positiv aufgenommen, dennoch könnte sich diese Haltung rasch ändern.

⁹⁰ Dabei wird auch starke Kritik Singapurs an der Außendarstellung Indonesiens durch seine ranghöchste Vertreterin deutlich: Präsidentin Sukarnoputri würde nicht den politischen Mut aufbringen, sich einer offenen Diskussion mit Singapur bzgl. Auslieferungsverfahren von mutmaßlichen Terroristen zu stellen. Vgl. »The Indonesian government does not have the courage to raise the issues«, vgl. Goh discusses terrorism with VP, moderate Muslim leaders, Jakarta Post, 18.12.2002.

⁹¹ Vgl. Moritz Kleine-Brockhoff, Terror – »Nicht die Kerle, die wir wirklich wollen«, in: Die Zeit 03/2003, <http://www.diezeit.de>.

⁹² Vgl. ICG-Briefing, The Impact of the Bali-bombings, Jakarta/Brussels, <http://www.crisisweb.org>, 24.10.2002.

⁹³ Solange nicht wenige Indonesier den USA (indirekt) zumindest die indirekte Verantwortlichkeit für die Anschläge in Bali zur Last legen, so lange werden sie sich kaum von radikalen Ba'asyir-ähnlichen Aufhetzerungen islamischer Jihad-Kämpfer völlig distanzieren.

6.2 Außenpolitische Zwänge

Der Krieg gegen den Irak (nach offensichtlicher Aktivität von Terror-Netzwerken in Indonesien)⁹⁴ könnte der Verschwörungstheorie Vorschub leisten.⁹⁵ Eine reale US-indonesische militärische Kooperation könnte den Zulauf moderater Muslime zu militanten Gruppen verstärken. Bereits die Afghanistan-Intervention und die Menschenrechtspolitik der USA insbesondere gegenüber den gefangenen Afghanistan-Kämpfern in Guantanamo-Bay wird in Indonesien nicht nur von muslimischen Gruppen⁹⁶ angeprangert.

Indonesien ist seit Bali um eine Schadensbegrenzung hinsichtlich des Negativ-Images bemüht und möchte nicht nur der Verdächtigung als potentiellem Ruheplatz für international agierende Terroristen entgegenwirken. Jener bemühten positiven Außendarstellung dient wohl teilweise auch der Anti-Terror-Pakt mit den Nachbarn Malaysia und Philippinen.⁹⁷ Auch versuchen Vertreter der staatlichen Sicherheitskräfte den Eindruck zu vermitteln, dass es sich bei den Urhebern »schwerwiegender« Terrorakte mit (inter-)nationalen Opfern eher um von »außen« nach Indonesien eingeschleuste Delinquenten handele. Diese Art unbewusster Verdrängung oder intentionaler Leugnung einerseits und des unverhältnismäßigen Einsatzes staatlicher Gewalt gegen reale oder vermeintliche Terroristen oder militante indonesische Separatisten andererseits ist, langfristig, schädlich für die politische und gesellschaftliche Ordnung und Stabilität Indonesiens.

Der von den USA angestrengte Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat in Indonesien nach Angaben von Beobachtern zu einer Verschlechterung der Menschenrechte geführt.⁹⁸ Dies zeigt sich insbesondere an der akzeptierten Straflosigkeit von indonesischen Sicherheitskräften nach ihren Einsätzen in Ost-Timor 1999.⁹⁹

94 Laut Polizei-Angaben wurde Anfang Januar 2003 ein paramilitäres Trainingscamp in der Nähe der Stadt Makassar/ Süd-Sulawesi, das angeblich von der Gruppe um Agung Abdul Hamid unterhalten wurde. Hamid wird als der »Mastermind« der Bombenattentate mit drei Todesopfern in Makassar im Dezember 2002 gesehen. Vgl. S. Sulawesi Police uncover terrorist training camps, Jakarta Post, 08.01.2003.

95 Vorschub diesen aggressiven Verschwörungstheorien leisten könnte auch ein nicht von den VN unterstützter Angriff der USA auf den Irak. Dies könnte insbesondere angesichts der im Sommer 2002 wieder-aufgenommenen militärischen Beziehungen zwischen den USA und Indonesien – die USA hatte diese 1992 nach der Verwicklung des TNI in Gräueltaten an Zivilbevölkerung in Ost-Timor abgebrochen. Nun sollen durch US-unterstützte Anti-Terror-Trainingscamps für indonesische Sicherheitskräfte 2003 im Rahmen des »International Military Education and Training« (IMET) eröffnet werden (Vgl. Asia Times Online, <http://www.atimes.com/atimes/SoutheastAsia/EA15Ae03.html>, 15.01.2003.). Die USA wollen zwar weiterhin auf der Forderung nach Strafverfolgung von indonesischen Militärangehörigen für Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor 1999 bestehen, allerdings scheint dies nicht mehr unabdingbar an Bedingungen geknüpft zu sein, wie noch in den Jahren zuvor.

96 Vgl. Menschenrechtler geißeln USA, Frankfurter Rundschau, 15.01.2003, <http://www.fr-aktuell.de/startseite/startseite/?loc=&cnt=84627>.

97 Vgl. Andreas Ufen, Indonesien, Malaysia und die Philippinen einigen sich auf Entwurf eines Anti-Terror-Abkommens, in: Südostasien Aktuell, Institut für Asienkunde, Hamburg, <http://www.duei.de/ifa/de/content/zeitschriften/soa/soaue010802.html>.

98 Vgl. War against terrorism deals a blow to rights campaign, Jakarta Post, 03.12.2002.

99 Vgl. ebda.

7. Ausblick – Gefahren und Chancen

Nach den von der indonesischen Regierung angekündigten Preisseigerungen für Benzin, Elektrizität und Telefon, haben Anfang 2003 massive Proteste der Bevölkerung (Gewerkschaften, Geschäftsleute, Studierende und NROs) das Zentrum für Wahlreformen (Cetro) dazu veranlasst, vor zunehmenden politischen Spannungen oder einem politischen Chaos in Indonesien zu warnen.¹⁰⁰ Die wiederholt artikulierten Befürchtungen von Regierungsmitgliedern und hochrangigen Vertretern der staatlichen Sicherheitseinrichtungen zeugen von der offensichtlichen Nervosität, diese Proteste könnten wie 1998/1999 bei Suharto zur Absetzung der Präsidentin führen.¹⁰¹

Auch die Ankündigung der Regierung Ende Dezember 2002, im neuen Jahr die staatliche Bekämpfung des Separatismus zu einer der Hauptaufgaben zu machen, soll wohl die Entschlossenheit demonstrieren, allen sozialen, politischen Unruhen und der ökonomischen Instabilitäten zum Trotz die Integrität des indonesischen Inselstaates als Gesamteinheit mit aller Entschiedenheit zu bewahren und zu verteidigen.¹⁰² Dabei soll der Fokus der Separatismusbekämpfung v.a. auf die Provinzen Aceh und Papua gerichtet sein. Diese beiden Provinzen stehen sicher nicht zuletzt im Mittelpunkt dieses »Kampfes«, weil die Unabhängigkeitsbewegungen, v.a. die jeweiligen militanten Flügel dort relativ renitent gegen die staatlich verordnete Einheit »pancasila«¹⁰³ geblieben waren. Auch die Tatsache, dass diese beiden Provinzen über einen außerordentlichen Reichtum an Bodenschätzen verfügen, spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der »Minister für Politische Angelegenheiten und Sicherheitsfragen«, Susilo, bemerkte, dass die beiden anderen Prioritäten im Kampf gegen den

100 Das Zentrum warnte davor, dass die Wahlgesetzgebung (von insgesamt vier Einzelgesetzen) für den Urnengang 2004 noch nicht abgeschlossen sei, weitere Anti-Regierungsproteste die Stellung der Präsidentin und den Respekt vor ihrem Amt gefährden könnten und somit politische Instabilität herbeiführen würden. Dazu würde auch ein permanentes, für die Öffentlichkeit sichtbares Misstrauen zwischen hochrangigen Politikern eine negative Wirkung entfalten. Die Preiserhöhungen für Elektrizität und Telefon, u.a. Allgemeingüter würden für die Finanzierung des Staatshaushaltes im Jahr 2003 benötigt. Vgl. Cetro warns of political chaos ahead of elections, Jakarta Post, 08.01.2003. Allerdings hatten im Jahr davor erheblich stärkere Preiszuschläge diese Produkte verteuert, ohne dass es zu erheblichen öffentlichen Protesten gekommen ist. Vgl. Aussage des indonesischen Ökonomen M. Chatib Basri, in: Prices hiked, time for damage control: Economists, Jakarta Post, 11.01.2003.

101 Der koordinierende Minister für politische und sicherheitsrelevante Angelegenheiten Susilo Bambang Yudhoyono warnte davor, dass diese Proteste die (noch junge) Demokratie gefährden könnten: »(...) (he) warned protesters on Monday not to dream of toppling the current legitimate government as it would confront them.« Vgl. Protesters told not to think of toppling govt., Jakarta Post, 08.01.2003.

102 Vgl. Govt. to prioritize handling of separatism in 2003, Jakarta Post, 30.12.2002.

103 Dies bezeichnet die indonesische Staatsphilosophie, ihre Pfeiler basieren auf den Prinzipien wie Glaube an einen Gott, Humanität, Nationale Einheit, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit. – »Harmonie in der Vielfalt« ist das Motto des Vielvölkerstaats Indonesien. Dass diese ideologische »Klammer« trotz religiöser, ethnischer und sozialer Unterschiede das Inselarchipel als harmonischen Nationalstaat bis zum Ende der Suharto-Ära relativ erfolgreich »zusammenhielt«, ist nicht zu bezweifeln. Auffällig jedoch zeichnet sich ein »Zerfallsprozess« dieses »harmonischen« Staatsgefüges in der seit 1998 andauernden Transitionsphase ab. Viele sehen mit der Nationswerdung Ost-Timors ein potentielles Signal zu weiteren Sezessionen, die auch einer Konfliktlösung in den betroffenen Provinzen dienen könnten.

Terrorismus und in der Aufrechterhaltung der politischen Stabilität, insbesondere nun im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 bestünden.¹⁰⁴ Er bezeichnete in diesem Zusammenhang den Separatismus, die kommunalen Konflikte und den Terrorismus als *die* Hauptgefahren für Indonesien. Dabei wird die an die Regierung gerichtete Forderung laut,

¹⁰⁴ Vgl. Govt. to prioritize handling of separatism in 2003, Jakarta Post, 30.12.2002.

¹⁰⁵ Vgl. RI antiterror policy should focus on prevention: Analysts, Jakarta Post, 11.01.2003.

¹⁰⁶ Vgl. Die christliche Partei (Love the Nation Democratic Party – PDKB) forderte unter dem Hinweis auf aktuelle terroristische, separatistische Bedrohungen und die Notwendigkeit des Schutzes der territorialen Einheit Indonesiens, die aufgrund der geographischen Gegebenheiten (Inselarchipel) gegeben sei, erhöhte Wachsamkeit des Staates. Außerdem seien die Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitsorganen und der Öffentlichkeit sowie die Einrichtung einer Anti-Terror-Spezialtruppe wichtig. Govt should form special antiterrorist force: PDKB, Jakarta Post, 5.12.2002.

¹⁰⁷ Vgl. Einschätzung des Aussenpolitik-Experten Prasetyono vom Centre for Strategic and International Studies (CSIS), Int'l pressure on E. Timor trial badly needed, Jakarta Post, 31.12.2002.

¹⁰⁸ Peripherie und Zentrum beziehen sich bei Leonard Y. Andaya auf ein aus der Kolonialzeit mit der Peripherie kolonialer Außenposten in Indonesien, z.B. den Molukken, Konzept. Dies schlägt sich auch in der Ausbeutung von Ressourcen in der Peripherie durch das Zentrum – in früherer Zeit die Kolonialmächte – in übertragenem Sinn heute durch die Zentralregierung in Jakarta, so die Sicht vieler Mitglieder von separatistischen Gruppen Konfliktgebieten Indonesiens. Vgl. Leonard Y. Andaya, *The World of Maluku: eastern Indonesia in the early modern period*. 1993, University of Hawaii Press, S. 14 f.

¹⁰⁹ Vgl. Asia Times Online, <http://www.atimes.com/atimes/Southeast/sia/EA15Ae03.html>, 15.01.2003.

¹¹⁰ Vgl. Peter Kreuzer, Indonesien auf dem Weg zu einer neuen Ordnung. In: Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten* 2000. Münster, Hamburg, London. LitVerlag, S. 300-309, S. 309.

die Sicherheitsapparate nicht nur reaktiv, sondern präventiv einzusetzen.¹⁰⁵

Leider stimmen auch politische Organisationen und Parteien außerhalb der Regierung dieser Politik zu bzw. fordern sie sogar nachdrücklich ein.¹⁰⁶ Die latente Gefahr dieser Fokussierung auf Terrorbekämpfung könnte allerdings zu einer Vernachlässigung der Respektierung von Menschenrechten führen.¹⁰⁷

Ein Maßnahmenpaket, das wichtige Ansätze zur Verminde rung von Konfliktpotential impliziert, sollte die folgenden Eckpunkte beachten:

- Steigerung der Investitionen, Stärkung der regionalen Wirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur, Bildung etc. Dazu zählt auch eine Beendigung ökonomischer »Ausbeutung« der Peripherien¹⁰⁸, d.h. ressourcenreicher Regionen wie Aceh, Papua oder die Molukken. Mit der Politik der Dezentralisierung von Macht auf Provinzebene ist bereits ein Schritt in diese Richtung getan.
- Reduzierung von Menschenrechtsverletzungen durch militante separatistische Gruppen ebenso wie durch Teile der staatlichen Sicherheitskräfte. Sie ist gerade hinsichtlich der Wiederaufnahme von militärischen Beziehungen zwischen USA und Indonesien dringend angeraten. Die USA erhoffen sich durch neue militärische Beziehungen auch Einflussnahme auf das Demokratie- und Menschenrechtsverständnis im indonesischen Militär.¹⁰⁹
- Lösung der Fragen der territorialen Verfasstheit und der normativen Fundierung Indonesiens¹¹⁰: Kompromisse und Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen religiösen, ethnischen und politischen Gruppen sind dringend anzuraten.

Christoph Busch/Markus Birzer

Strategien der Rechtsextremisten im Internet

Christoph Busch, Dipl.-Päd., M.A., Institut für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg/Markus Birzer, Dipl.-Pol., Politik- und Unternehmensberater, Berlin.

1. Einleitung

Die Entwicklung des Internets wurde bereits in den 80er Jahren von computeraffinen Rechtsextremisten intensiv verfolgt. Sie wussten frühzeitig um die vielfältigen informations- und kommunikationstechnischen Innovationen des Internets – und begannen bald, das Netz für ihre Aktivitäten zu nutzen.¹

¹ Vgl. Thomas Pfeiffer, »Das Internet ist billig, schnell und sauber. Wir lieben es«. o. O., o. J. (www.im.nrw.de/inn/doks/vs/Bpb-neu.pdf, 1.6.2003).

Als Innovation des Internets in medientheoretischer Hinsicht gilt vor allem dessen Interaktivität²; die Orts- und Zeitunabhängigkeit³; die Tendenz zur Konvergenz der herkömmlichen Massenmedien Print, Presse und Fernsehen⁴ sowie die

² Helmut Schanze, Digitale Plattform, in: Helmut Schanze/Manfred Kammer (Hg.), *Interaktive Medien und ihre Nutzer*, Band 4. Theorie der Nutzerrolle, Baden-Baden 2000, S. 13-20; hier: S. 17. Vgl. kritisch zur Interaktion im Internet Otfried Jarren, *Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/1998, S. 13-21; hier: S. 18. In politischer Hinsicht wird die Interaktivität vor allem bezüglich einer möglichen Ausweitung von politischer Partizipation diskutiert. Vgl. dazu Reinhard C. Meier-Walser/Thilo Harth (Hg.), *Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?* München 2001.

³ Vgl. Helmut Schanze, a.a.O., S. 17-18.

⁴ Vgl. Jonathan W Palmer/Lars Eriksen, *Digital News Paper, Broadcast and*